Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 60000 Mk.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Täglicher Rundschau

Mittwoch, 29. August 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ“ erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugspreis z. Zt. 800 000.— M für die Woche.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen 250 000 M je 33 mm breite mm-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

29. 8. a Nr. 398 60 000
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Die Schicksalstagung des Völkerbundes.

Wilsons Versailler Mißgeburt, der Völkerbund, tritt am 3. September in Genf zu seiner diesjährigen Haupttagung zusammen. Bei dieser Gelegenheit dürfte es sich endgültig zeigen, ob das Individuum daseinsberechtigt und lebensfähig ist oder nicht. Sollte er langsam eingehen, braucht man ihm in Deutschland keine Träne nachzuweinen. Der Kolonienraub, die verlegene „Vertagung“ der Erörterung des schauerlichen Bondelzwart-Massakers in Südafrika, dazu die berüchtigten bewußten Rechtsbeugungen im Falle Oberschlesien und in der Frage der deutschen Weichseldörfer bzw. des in Versailles gewährleisteten deutschen Zugangs zur Weichsel, die feige Vogel-Strauß-Politik in den Fragen Wilnas, Memels, der Ruhr und nächstens wohl auch Danzig, die grobe Gewalttätigkeiten „gutangeschriebener“ Mitglieder des Völkerbundes einfach nicht zur Kenntnis nimmt, die haarsträubende Tyrannei im Saargebiet, für dessen Regierung der Völkerbund verantwortlich zeichnet — das ist in drei Jahren ein so reichhaltiges Kapitel schwerster moralischer Belastung, daß man wahrhaft allen Grund hat, an der weiteren Lebensmöglichkeit eines bisher nur durch Dulden von Unrecht aller Art existenzfähig gebliebenen Gebildes ernstlich zu zweifeln.

Das völlige Schweigen des Völkerbundes zur französisch-belgischen Einbruchspolitik an der Ruhr und zu all den daselbst verübten rechtswidrigen Gewaltakten kann jetzt, in Verbindung mit den Enthüllungen über die Paschawirtschaft an der Saar, dem Genfer Völkerbunde auf seiner kommenden Tagung leicht das Genick brechen. Eine ganze Reihe von „Neutralen“ ist sehr wenig geneigt, länger einem internationalen Gebilde anzugehören, das hinter der durchsichtigen Maske von Weltgerechtigkeit und Weltschiedsgericht in ungeniertester Weise französische Politik treibt und kaum noch mehr ist als der junge Mann der Pariser Regierung. In der Schweiz ist eine sehr starke derartige Bewegung vorhanden. Mitte Juni gab ihr im Parlament der Nationalrat Müller mit beredten Worten Ausdruck. Der Austritt der Schweiz aus dem Völkerbund scheint unvermeidlich, wenn Frankreich nicht bindende Garantien gibt, daß die in Versailles festgesetzten Räumungsfristen des Rheinlands eingehalten werden. Auch in Norwegen ist die Neigung gewachsen, aus dem kläglich versagenden, parteiischen Völkerbund auszutreten, ebenso in Ungarn, das erst im vorigen Jahr aufgenommen wurde und dennoch bereits jetzt von dieser Art „Weltgerechtigkeit“ genug hat. Schweden, das neben Holland am ehrlichsten neutral gegen alle Entente-Uebergriffe zu sein pflegt, hat erst vor wenigen Monaten für eine militärische Zumutung des Völkerbundes eine scharfe Abweisung gefunden und ist unter gar keinen Umständen geneigt, jedes in Genf verübte Unrecht mit seinem Namen mitzudecken.

So herrscht denn in der Tat eine gewitterschwüle Atmosphäre über Genf, und eine sehr lebhafte Aussprache über Sinn und Wesen des Völkerbundes, eine Aussprache, die das ganze Gebilde in die Luft zu blasen vermag, ist sehr leicht möglich. Neben der Ruhrfrage, die am meisten Explosivstoff angehäuft haben dürfte, ist es die haarsträubende Mißwirtschaft im Saargebiet, die Gefahrenmomente in die bevorstehende Genfer Tagung trägt. Für die dortigen Zustände ist der Völkerbund und jedes in ihm vertretene Land direkt verantwortlich. Lord Cecil, der englische Vertreter im Völkerbund, hat bereits mehrfach eine Husarenattacke gegen die unerhörten Uebergriffe der „Saarregierung“ geritten, die sich einfach als Filiale der Pariser Regierung betrachtet. Vielleicht erweist sich Cecil in Genf als Hecht im Karpfenteich, und neben ihm ist in dieser Hinsicht besondere Hoffnung auf den tapferen General Smuts zu setzen, den neuen Vertreter Südafrikas im Völkerbund, der sich schon mehrfach mit hohem Freimut über den Irrsinnsfrieden von Versailles und alle damit zusammenhängenden Kulturverbrechen geäußert hat. Ueberaus interessant dürfte ferner der dem Völkerbund eingereichte Bericht des Kanadiers Waugh werden, der kürzlich aus der berüchtigten „Internationalen“ Rheinlandkommission ausgeschieden ist, weil er sich angeekelt fühlte von der Art und Weise, wie sie sich zu einem völlig gewissenlosen Werkzeug französischen Annexionspläne degradierte, und der nun die Motive seiner Haltung dem Völkerbund mitgeteilt hat. Ob man es in Genf wohl wagen wird, diesen Waughschen Bericht in öffentlicher Sitzung zu verlesen? Daß sich der französische Vertreter mit Händen und Füßen dagegen sträuben wird, ist von vornherein sicher; aber wird sich die Gesamtheit der Nationen wieder von Paris kommandieren lassen, wo es um die Ehre jedes einzelnen von ihnen geht?

In Deutschland predigen uns gewisse Unbelehrbare, Deutschland müsse so rasch wie möglich in den Völkerbund hinein — ausgerechnet jetzt, wo halb Europa sich mit Austrittsgedanken trägt! Die am 3. September beginnende Tagung wird die Entscheidung bringen, ob der Völkerbund lebensfähig ist, d. h. ob noch eine leise Hoffnung besteht, ihn von einem Kommis der Pariser Regierung zu einem wirklich un- und überparteilichen internationalen Gebilde zu entwickeln. Jetzt heißt es in Genf: hic Rhodus, hic salta! Es wird eine Schicksalstagung sein. Es geht für den Völkerbund um Sein oder Nichtsein!

Einbruchsversuch bei der deutschen Gesandtschaft in Budapest.

Budapest, 29. 8. (W. T. B.) Gestern nacht wurde von bisher unbekannten Tätern in die im Palais der deutschen Gesandtschaft befindliche Wohnung des Legationsrats Ahrens ein Einbruchsversuch gemacht. Der Eindringling, der durch einen Hausbediensteten gestört wurde, ergriff die Flucht, ohne etwas entwendet zu haben. Die Polizei hat eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Amtl. Dollarkurs: 7 500 000.
Effekten und Devisen fest.

Belgiens Note eine „Verständigungsbrücke“.

Die Finanzfrage im Mittelpunkt. — Die Ruhrfrage Nebensache.

A. **London**, 29. 8. (Eigenbericht.) Die belgische Note wird von der englischen Oeffentlichkeit stark kritisiert, aber doch nicht vollkommen abgelehnt. Der allgemeine Eindruck geht dahin, daß die Note nach englischem Urteil zwar keine wesentliche Aenderung der diplomatischen Lage bringe, da sie in den Hauptpunkten nur ein Echo der französischen Note darstelle, daß man sich aber die Möglichkeit offen lassen müsse, sie als eine Brücke für eine Verständigung zu benutzen. Am wichtigsten erscheint unter diesem Gesichtspunkt der belgische Vorschlag, die weiteren alliierten Verhandlungen in privaten Besprechungen fortzusetzen. Die Blätter sprechen hiergegen das Bedenken aus, daß derartige Verhandlungen eine Rückkehr zur Geheimdiplomatie bedeuten würden, was nicht in englischem Interesse liege, lehnen aber dennoch diese Anregung nicht vollkommen ab. Die übrigen Auseinandersetzungen beziehen sich größtenteils auf die interalliierte finanzielle Regelung, was für Deutschland nur von geringerem Interesse ist, so besonders auf die Prioritätsfrage und den Verteilungsschlüssel. Die amtlichen englischen Regierungsstellen halten vorläufig noch mit jedem Urteil über die Note zurück.

Von den einzelnen Blättern macht die „Times“ darauf aufmerksam, daß Belgien die Finanzfrage in den Mittelpunkt stelle und das Ruhrproblem nur nebensächlich behandele. Da die Note vor der Ueberreichung die Billigung der französischen Regierung gefunden habe, könne man vielleicht vermuten, daß sie gewissen französischen Tendenzen entspreche, die in der Note Poincarés nur schwach angedeutet worden seien. In den finanziellen Fragen sei durch die interalliierten Diskussionen immerhin ein Fortschritt gemacht worden. Deutschland habe „Garantien“ und „produktive Pfänder“ angeboten und dieses Anerbieten sei von Dr. Stresemann in weitestem Sinne ausgelegt worden, obwohl er eine besondere Behandlung der Rhein- und Ruhrfrage nicht zulassen wolle.

Es ist bemerkenswert, daß die „Times“ in diesem Zusammenhange abermals auf ihre gestrige Forderung zurückkommt, daß die Ruhrindustrie, nachdem ihr normaler Betrieb wiederhergestellt sei, in einen allgemeinen Garantieplan eingefügt werden müßte, da Deutschland nach allen bitteren Erfahrungen der letzten Jahre bereit sei, seine wirtschaftliche und industrielle Arbeit für die Bezahlung einer bestimmten Reparationssumme zu verwenden.

Reutererklärung.

London, 29. 8. (W. T. B.). Das Reutersche Büro erfährt mit Bezug auf die in der belgischen Note enthaltenen Vorschläge, unformelle Unterredungen zwischen den alliierten Ministern über die Reparationsfrage stattfinden zu lassen, aus einer nicht offiziellen, aber gut unterrichteten Quelle, daß die britische Regierung durchaus bereit sein würde, an derartigen Unterredungen teilzunehmen, wenn Aussicht bestehe, daß sie Erfolg haben. Man sei der Ansicht, daß, wenn Frankreich und Belgien auf dem in ihren bisherigen Noten dargelegten Standpunkt verharrten, solche Unterredungen schlimmer als zwecklos sein würden. Der englische Standpunkt könne außerdem durch Verhandlungen nur gewinnen, wenn sie öffentlich seien. Großbritannien könne einer Wiederaufnahme wichtiger diplomatischer Erörterungen nur zustimmen, falls die Alliierten klar den Wunsch nach einem Uebereinkommen und die Bereitschaft ausdrückten, ihre Stellungnahme so zu ändern, wie es die Lage erfordere.

Chamberlains Politik.

London, 29. 8. (T. U.) Der neue Reichschatzkanzler Neville Chamberlain äußerte sich gestern in einer Rede in Harrogate über seine Ernennung und die politische Situation wie folgt:

Ich habe gar keine neue Politik und die Politik des Reichschatzkanzlers war bisher immer die Politik der Regierung überhaupt. Selbstverständlich habe ich als Mitglied des Kabinetts einen Teil der Verantwortlichkeit übernommen. Ich hoffe, daß wir Mittel und Wege finden werden, um Frankreich, Italien und Belgien dazu bewegen zu können, gleichzeitig an der definitiven Lösung der Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden mitzuwirken.

Umgruppierung der englischen Flotte.

London, 29. 8. (W. T. B.) Reuter berichtet aus Malta, daß der Erste Lord der Admiralität Amery am 31. 8. in Marseille eintrifft und am 1. 9. nach Malta abfahren wird. Es verlautet, daß er dort drei Tage bleiben und sich hierauf nach Konstantinopel begeben wird, um die Mittelmeerflotte zu inspizieren. Man sei der Ansicht, daß der Besuch Amerys in Zusammenhang stehen könne mit der neuen Verteilung der Flotte, die in Aussicht genommen sein soll.

Die Londoner Meldung von einer Neuaufstellung der englischen Flotte im Mittelmeer erfüllt einen Teil der Pariser Presse mit lebhafter Unruhe. So schreibt das „Journal“: Diese Nachricht ist ziemlich überraschend, da einige Jahre vor dem Kriege die stille Uebereinkunft getroffen wurde, daß die französische Flotte das Mittelmeer, die englische dagegen den atlantischen Ozean bewachen sollten.

*

Amery erklärte in den Maiverhandlungen des englischen Unterhauses über den Gesetzentwurf zum Ausbau Singapores, daß nach Auslieferung der deutschen Flotte eine Konzentrierung der britischen Flotte im Mittelmeer wie früher statt in der Nordsee vorgesehen sei. Die englische Flotte bedürfe größter Beweglichkeit von diesem Mittelpunkt nach Westen und Osten. Diesem Grundsatz sollte auch die Flottenstation in Singapore dienen.

Begnadigung der „Mörder“ des Leutnants Graf?

Paris, 28. 8. (T. U.) Einer Radiomeldung aus Brüssel zufolge wird das Aachener Kriegsgericht im Einverständnis mit dem belgischen Generalstabschef die Strafumwandlung der „Mörder“ des Leutnants Graf befürworten. Es sei daher anzunehmen, daß diese nicht erschossen werden.

Frankreich scheut öffentliche Verhandlung.

England die weitere Initiative überlassen.

S. **Paris**, 29. 8. (Eigenbericht.) Die französische Presse ist bemüht, die Grundlagen für weitere Verhandlungen zu finden. Man wünscht in Paris anscheinend, die Methoden der geheimen alliierten Verhandlungen wieder aufzunehmen, wie dies schon vor einiger Zeit von den Regierungsblättern betont wurde, die unterstreichen, daß Frankreich nicht eine zu große Publizität wünsche. Außerdem macht man es zu einer Prestigefrage, daß die Initiative für neue Verhandlungen von England ausgehen müsse.

Der „Petit Parisien“ sieht in der belgischen Note einen Ausweg für eine Lösung, die, wie er meint, allen Alliierten annehmbar erscheinen könnte. Diese Lösung bestünde darin, die ergriffenen „Pfänder“ weiterhin fest in der Hand zu behalten und von Deutschland die Bezahlung der zu Land und zu Meer erlittenen Materialschäden zu verlangen sowie den Rest der deutschen Schuld und die interalliierten Schulden zu streichen. Damit könnte die deutsche Schuld auf 50 Milliarden Goldmark festgesetzt werden und es bliebe nur noch übrig, über den englischen Anteil zu diskutieren, der mit 14,2 Goldmilliarden zu hoch angesetzt sei, weil dann für die übrigen Alliierten nur noch 3,5 Milliarden übrig blieben. Was endlich die italienische und französische Schuld an Amerika betreffe, sollte dieses Problem auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Bevor man Amerika bemühe, müsse man im europäischen Hause Ordnung schaffen.

Diesen Reparationsplan nennt der „Petit Parisien“ einen franko-englischen Plan. England, das durch dieses System in eine bedeutende Herabsetzung seiner Forderungen einwilligen müßte, dürfte allerdings damit kaum einverstanden sein; gerade in den Kreisen der französischen Schwerindustrie unterstreicht man aber die Notwendigkeit, mit England zu einer Verständigung zu kommen.

„Journée industrielle“ weist darauf hin, daß von deutscher Seite bis jetzt noch keine offiziellen Schritte zu einer Unterhandlung unternommen worden seien, wenn auch Dr. Stresemann in Besprechungen mit verschiedenen Franzosen in Berlin sich höflich und korrekt gezeigt habe. Frankreich dürfe nicht von der Solidarität mit England abweichen, da sie es allein ermögliche, auf die Vereinigten Staaten Eindruck zu machen. Eine selbständige Politik Frankreichs, die auf einen Interessen- und Kräfteausgleich mit Deutschland hinausliefe, berge die Gefahr in sich, daß Amerika sich weiter von Europa fernhalte. Für Amerika könne es sich nur um die Gesamtheit der Alliierten handeln. Baldwin selbst habe deutlich den Weg gezeigt, wie man zu einer Lösung kommen könne.

Havaserklärung.

Paris, 29. 8. (W. T. B.) Havas verbreitet folgende Mitteilung: Die belgische Antwort auf die englische Note, die bereits die vollkommene Billigung Poincarés erhalten hat, wird in den französischen politischen Kreisen sehr günstig aufgenommen. Die belgische Note behandelt mit ebenso großer Festigkeit wie Herzlichkeit die Punkte, die sie besonders angehen, und der glänzend vertretene Grundsatz der belgischen Priorität hat immer — das weiß man — die beste Unterstützung Frankreichs. Die französische Regierung ist gleichfalls der Ansicht, daß eine große interalliierte Zusammenkunft nützlicherweise erst dann einberufen werden kann, wenn alle alliierten Regierungen die Sicherheit haben werden, zu einer uneingeschränkten Verständigung und zu konkreter Lösung zu kommen.

Die Havas-Agentur erklärt weiter, daß in offiziellen französischen Kreisen von angeblichen Unterhandlungen, die mit der deutschen Regierung über die Reparationsfrage und die Ruhrbesetzung eingeleitet werden sollen, nichts bekannt ist. Weder bei der französischen Gesandtschaft in Berlin noch beim Ministerium des Aeußern in Paris sei irgendeine Eröffnung in dieser Richtung hin gemacht worden.

Benesch in Rom.

S. **Paris**, 29. 8. (Eigenbericht.) Nach einer Meldung aus Rom ist Dr. Benesch gestern morgen dort eingetroffen. Er hatte schon um 11 Uhr eine lange Besprechung mit Mussolini, der noch andere Unterhaltungen mit dem italienischen Finanzminister und dem Wirtschaftsminister folgen werden. Diese Reise Dr. Beneschs wird als die Fortsetzung seiner „Studienreise“ nach Paris und London bezeichnet, die er nur durch die Konferenz von Sinaia zu unterbrechen gezwungen wurde. Den rein äußerlichen Anlaß geben die Verhandlungen über einen Handelsvertrag zwischen Italien und der Tschechoslowakei.

Benesch machte Mussolini davon Mitteilung, daß ihm in Anerkennung seiner Verdienste für die nationale Unabhängigkeit der Tschecho-Slowakei das Kriegskreuz verliehen werde und übergab dem Ministerpräsidenten auch einen Orden für den König.

Belgrad, 29. 8. (W. T. B.) Minister des Aeußern, Nintschitsch, ist hier angekommen und hat sogleich eine Sitzung des Ministerrats einberufen, in der der Stand der Verhandlungen mit Italien erörtert wurde.

Die Pariser Reise der Sonderbündler.

bd. **Düsseldorf**, 28. 8. (Eigenbericht.) Zu der Pariser Meldung, daß Sonderbündler, darunter Falkenberg und von Metzen, aus Düsseldorf in Paris zu Verhandlungen eingetroffen seien, veröffentlicht der Rheinische Unabhängigkeitsbund eine „Berichtigung“. Es sei von der Leitung dieses Bundes kein Delegierter nach Paris abgereist und niemand dazu bevollmächtigt worden. Ferner heißt es in der Berichtigung: Falls überhaupt irgendwelche Bonner und Kölner Herren in Paris weilen sollten, hätten sie keinerlei Auftrag. Es würde sich, wenn die Nachricht zutreffe, um eine „Privatreise“ handeln, die im Interesse der unabhängigen rheinischen Bewegung aufs schärfste zu verurteilen ist. Weiter wird gesagt, wenn der Rheinländer unter den derzeitigen Umständen mit den Franzosen etwas zu verhandeln habe, dann wissen wir, daß hierfür am Rhein maßgebende Vertreter Frankreichs genug sitzen.

Italienische Grenzkommission ermordet.

Griechen als Täter.

Rom, 29. 8. (W. T. B.) Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, wurden die italienischen Mitglieder der Grenzfestsetzungskommission für die griechisch-albanische Grenze auf der Straße Janina—Santi Quaranta von Griechen ermordet.

Dazu meldet unser Pariser Berichterstatter:

S. **Paris**, 29. 8. (Eigenbericht.) In Rom herrscht nach hiesigen Blättermeldungen große Erregung über die Ermordung der drei italienischen Offiziere in der Grenzregulierungskommission, die an der albanischen Grenze überfallen wurden. Nach neuen Einzelheiten der italienischen Blätter sind die Mörder griechische Staatsangehörige. Die französischen und englischen Mitglieder der Militärkommission sind in keiner Weise belästigt worden.

Die auf der Straße Janina—Santi Quaranta ermordeten italienischen Mitglieder der Grenzfestsetzungskommission für die griechisch-albanische Grenze sind der General Tollini, der Stabsarzt Corti, der Leutnant Bonacini, der Dolmetscher Craveri und der Chauffeur Farneti. Der Generalsekretär der interalliierten Militärkommission zur Festsetzung der griechisch-albanischen Grenze hat der Botschafterkonferenz in Paris telegraphisch über den Vorfall Bericht erstattet. Danach wurde das Attentat östlich von dem griechischen Grenzposten Kamadia an einer Stelle verübt, an der die Straße durch einen dichten Wald führt. Der albanische Delegierte fuhr dem italienischen Automobil voraus. Wenige Minuten, nachdem er die Stelle passiert hatte, mußte das italienische Automobil die Fahrt verlangsamen und anhalten, weil ein Baumstamm quer über die Straße gelegt worden war. In diesem Augenblick wurde es beschossen. Von dem in der Nähe liegenden griechischen Grenzposten aus wurden 30 bis 40 Schüsse gehört. Der Stabsarzt Corti wurde im Wagen getötet. Die vier anderen konnten noch aussteigen und einige Schritte weitergehen. Die Leiche des Generals Tollini wurde etwa 20 Meter vom Automobil entfernt im Straßengraben gefunden. Der griechische Oberst Bozaki, der dem italienischen Kraftwagen in großem Abstande folgte, traf an der Unglücksstelle erst ein, als alles vorüber war und die Täter bereits die Flucht ergriffen hatten. Die Leichen der Ermordeten wurden nach Janina gebracht. Der französische und der englische Kommissar, die sich im Gebirge am nördlichen Teil der Grenze befinden, sind in Kenntnis gesetzt worden.

Regierungsjubiläum der Königin von Holland.

London, 29. 8. (Eigenbericht.) Nach Meldungen aus Amsterdam sind die Vorbereitungen zum 25jährigen Regierungsjubiläum der Königin von Holland in vollem Gange. Den Höhepunkt der Festlichkeiten wird der viertägige Aufenthalt der Königin vom 5. bis 8. September in Amsterdam bilden. Abends finden Illuminationen in der festlich geschmückten Stadt statt. Die Polizei hat Vorkehrungen gegen mögliche Zwischenfälle von seiten der Anarcho-Sozialisten getroffen.

Der neue japanische Ministerpräsident.

London, 29. 8. (E. E.)

Wie aus Tokio gemeldet wird, wurde Graf Gombei Yamamoto zum Ministerpräsidenten ernannt.

*

Admiral a. D. Graf Gombei Yamamoto ist im Jahre 1852 geboren und steht bereits im 72. Lebensjahre. Wie sein Vorgänger Admiral Baron Kato gehört er dem Satsuma-Clan und somit der Flottenpartei an. Im Restaurationskriege kämpfte er auf der kaiserlichen Seite und war einer der ersten die im Jahre 1877 auf der neuen Marineakademie befördert wurden. An Bord eines deutschen Kriegsschiffes machte er eine Rundreise um die ganze Welt. 1897 unternahm er eine Europa- und Amerikareise und besetzte später mehrere leitende Posten im Marineministerium. 1896 wurde er Vizemarineminister, als solcher im Jahre 1904 Admiral. Im Gefolge des Prinzen Fushimi besuchte er 1907 England und Amerika und wurde als Nachfolger des Fürsten Katsura 1913 Ministerpräsident. Das Kabinett stürzte im Frühjahr 1914 infolge des sogenannten Marineskandals, d. h. es waren Unregelmäßigkeiten bei Lieferungen für die Marine vorgekommen, die von politischen Gegnern ausgenutzt und über das Maß aufgebauscht wurden. Yamamotos Nachfolger war Marquis Okuma, der den Krieg an Deutschland erklärte.

Yamamoto rechnet zu den Vertretern des konstitutionellen Gedankens, die im Gegensatz zu den Demokraten stehen, zu denen der verstorbene Okuma gehörte. Innerpolitisch dürfte Yamamoto die von seinem Vorgänger eingeschlagene liberale Linie beibehalten, die sich namentlich auf die Ausarbeitung einer neuen Wahlrechtsvorlage eingestellt hat. Außenpolitisch steht der neue Premier den Kreisen um Graf Goto, die eine Annäherung an Rußland anstreben, nahe. Es ist anzunehmen, daß der Kabinettswechsel in Japan keine grundlegende Aenderung innen- und außenpolitisch bringen wird. Ueber die Stellungnahme Deutschland gegenüber läßt sich nichts Bestimmtes sagen. Deutschland ist ein zu kleiner Stein im Gesamtbild der Japan interessierenden Fragen, wenn auch zu wünschen wäre, daß die japanische Regierung bezüglich der Reparationsfrage eine größere Aktivität unter Berücksichtigung der ihr bekannten Lage in Deutschland zeigen würde wie bisher.

Rußland, Japan und China.

Ae. **Warschau**, 29. 8. (Eigenbericht.) Zur Rückkehr Joffes aus Japan und zur Mission Karachans nach China weist die sowjetamtliche „Iswestija“ darauf hin, daß nach dem Fehlschlag der russisch-japanischen Verhandlungen, die Aufmerksamkeit der Sowjetdiplomatie nunmehr gänzlich auf China gerichtet sei. Diese Politik werde jedoch durch das Vorgehen der Großmächte gegen China sehr erschwert, die sich gegen die Einigung des 400-Millionenvolkes richte. Aufgabe der Sowjetregierung werde es sein, den Chinesen zu beweisen, daß nur in einer politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit Chinas mit Moskau das chinesische Volk einen Erfolg im Kampfe für seine Einigung gegen die imperialistische Bedrückung der Großmächte werde erringen können.

Gleichzeitig hebt das Sowjetorgan hervor, daß Japan ein großes diplomatisches Spiel treibe, indem es versuche, die Verhandlungen, Chinas mit Moskau zu stören, gleichzeitig die öffentliche Meinung Japans durch nicht ernstgemeinte Verhandlungen mit Rußland zu beruhigen trachte und schließlich eine Störung der russischen Politik im Fernen Osten im Auge habe.

Außerordentliche Verkehrssperre über Bochum.

Wegen angeblicher Sabotage.

th. **Bochum**, 28. 8. (Eigenbericht.) Wegen angeblicher Sabotageakte hat der Kommandeur der 40. französischer Infanteriedivision über die Stadt Bochum eine außerordentlich scharfe Verkehrssperre verhängt. Mit Ausnahme von zwei Linien ist der Straßenbahnverkehr von Bochum auf 8—14 Tagen gesperrt worden, und zwar die Hauptlinien von Bochum nach Witten auf acht Tage und von Bochum nach Gelsenkirchen auf 14 Tage. Als Grund dieser Maßregel ist angegeben worden, daß auf einer, von französischen Autos stark benutzten Straße in Weitmar, dem Sitz des Generalkommandos, Baumstämme gelegt worden seien und daß hierbei ein französisches Auto zu Schaden gekommen sei. Weiter soll auf der Kokerei einer von den Franzosen besetzten Zeche ein Sabotageakt vorgekommen sein. Infolge der Straßenabsperrung der Franzosen ist eine Auskunft darüber, ob diese Angaben richtig sind, nicht zu erreichen.

In Gelsenkirchen wurde heute von den Franzosen der Direktor der Zeche „Rhein-Elbe“, Bergassessor Eisenmenger, ohne Angabe von Gründen verhaftet und nach Recklinghausen geführt.

Heute mittag wurde das Hauptverwaltungsgebäude der Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft von den Franzosen besetzt.

Vor weiteren Besetzungen?

Köln, 29. 8. (Mtb.) **Der Kölner Vertreter der „Times“ will erfahren haben, daß das Siegerland zusammen mit dem Sauerland, und zwar bis Münster hin, besetzt werden soll; desgleichen das ganze Gebiet zwischen dem Rhein und einer Linie, die von Münster bis Limburg verläuft.**

Gewaltchronik.

Dortmund, 28. 8. (W. T. B.) Wie erst jetzt bekannt wird, ist am 22. August das fünfjährige Töchterchen der Arbeiterfrau Lacroix, das mit seiner Mutter einen Reitweg überqueren wollte, von zwei französischen Reitern niedergeritten worden. Das Kind wurde zu Boden geworfen und von einem Pferd auf die Brust getreten. An den erlittenen inneren Verletzungen ist das Kind gestorben.

Gestern nachmittag nahmen die Franzosen in Buer die Zivilkleidung im kaufmännischen Bureau der Zeche Hugo, ferner Treibriemen und Maschinen fort. Als ein Angestellter hiergegen Einspruch erhob, wurde er mit einer Pistole bedroht.

In einem Wäldchen bei Schee im unbesetzten Gebiet wurde am 26. August ein 17jähriges Mädchen aus Elberfeld von einem französischen Offizier überfallen und vergewaltigt.

Wildgewordene belgische Fasciſten.

S. **Paris**, 29. 8. (Eigenbericht.) Aus Brüssel wird berichtet, daß nach dem letzten Attentat auf einen belgischen Militärzug im Ruhrgebiet die Antwerpener Vereinigung „Pro Patria“ dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel in einem Briefe damit gedroht hat, bei dem nächsten Attentat als „Sanktion“ deutsche Wohnhäuser in Brand zu setzen. Auf eine Beschwerde des deutschen Geschäftsträgers ist der Antwerpener Gerichtshof mit der Angelegenheit betraut worden. Es wurden heute drei Mitglieder der Vereinigung „Pro Patria“ vorgeführt, die aber ihre Drohung aufrechterhielten und erklärten, gegebenenfalls die von der Vereinigung beschlossenen „Sanktionen“ wirklich durchzuführen.

Verbot aller Sedanfeiern in Sachsen.

Um sie nicht schützen zu müssen!

Sd. **Dresden**, 29. 8. (Eigenbericht.) Die sächsische Regierung hat alle Veranstaltungen zur Feier des Sedantages in Sachsen verboten, auch in geschlossenen Räumen. Begründet wird dieses Verbot damit, daß die Hitler-Anhänger in München und im Reich den Tag benutzen wollen, um die Arbeiterschaft zu reizen. In Sachsen wird noch der peinliche Vorfall in Radeburg (Ueberfall auf Arbeiterjugend) zur Begründung angeführt.

Der Grund liegt aber tiefer: die Kommunisten haben nämlich die Alarmbereitschaft der Hundertschaften für den 2. September befohlen, beabsichtigen also, alle Versammlungen der Rechten unmöglich zu machen. Würde die sächsische Regierung ihre Pflicht tun und die Veranstaltungen schützen, so würde dies das Ende des Kabinetts Zeigner bedeuten. Also beschneidet man lieber die verfassungsmäßigen Rechte der Nichtkommunisten.

Aber Rote Heerschau?

Sd. **Dresden**, 29. 8. (Eigenbericht.) Die Kommunisten planen die Abhaltung eines Kongresses der Roten Hundertschaften in Sachsen. Es ist — ganz nach Moskauer Muster — Generalappell, Parademarsch und jeglicher militärischer Pomp vorgesehen. Ein derartiger Antrag der Roten Hundertschaften von Zwickau und Plauen liegt bereits vor.

Um den Reichspressechef.

Als zukünftiger Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung wird von einer der Sozialdemokratie nahestehenden Korrespondenz der Major a. D. und jetzige Oberregierungsrat im Preußischen Ministerium des Innern, Kalle, genannt. Herr Kalle gehörte bisher dem preußischen Staatskommissar für öffentliche Ordnung an und ging dann in das Ministerium des Innern über. In diplomatischen Kreisen ist er als deutscher Militärattaché an der Madrider Botschaft aus Kriegszeiten her bekannt. Man rühmt ihm diplomatische Fähigkeiten nach. Die Presse, die von seiner Kandidatur Notiz genommen hat, vermißt an ihm Erfahrungen auf dem Gebiet der Presse, zu der er bisher so gut wie gar keine Beziehungen gehabt hat.

Die Eisenbahngrundzahlen.

Bei der Veröffentlichung der für die Personentarifberechnung geltenden Grundzahlen (vgl. DAZ 396) ist infolge eines Druckfehlers die Grundzahl für die 3. Wagenklasse falsch angegeben. Zur Vermeidung von Mißverständnissen wiederholen wir die Grundzahlen noch einmal. Es kosten je Kilometer Fahrt: 1. Klasse 19,8 Pfennig, 2. Klasse 9,9 Pfennig, 3. Klasse 3,3 (nicht 3,5) Pfennig und 4. Klasse 2,2 Pfennig. Der ab 1. September gültige Index beträgt 600 000.

Ausweisungen.

Von Ministerialrat **Dr. Rathenau.**

Das Ausländerproblem ist eines der heikelsten und schwierigsten der Verwaltung; erheischt seine Bewältigung doch auf der einen Seite feinsten politischen Takt und die Fähigkeit des Einfühlens in kaum merkbare Schwingungen des außenpolitischen Lebens, auf der anderen Seite Entschlußfähigkeit und Tatkraft zu schnellem und festem Zugreifen; sie ist besonders schwierig für einen Staat, der — wie der unsrige — äußerer Machtmittel beraubt ist und über kein allzu großes Kapital an Sympathien in der Welt verfügt. Nur zu oft werden dringende Maßnahmen, die der Staat zu seinem eigenen Schutze ergreifen muß, von der Gegenseite zum Anlaß ungerechtfertigter und ungerechter Repressalien genommen, denen er ziemlich wehrlos gegenübersteht. Hier braucht nur an die jeder Rechtsgrundlage entbehrende Ausweisungspolitik Polens erinnert zu werden. Kaum zu bewältigen scheint das Problem aber dann, wenn der Staat infolge seiner geographischen Lage und weltpolitischen Entwicklung zum Sammelbecken von Tausenden und Abertausenden geworden ist, die bei ihm Zuflucht, eine neue Heimat, vorübergehenden Aufenthalt, aber auch ... Gewinn suchten. Will man seiner Lösung näherkommen, so darf man es nicht unter die Parteibrille nehmen; man muß den Dingen, wie sie tatsächlich geworden sind — ob mit oder ohne unsere Schuld, ist für die Tatfrage unerheblich — ins Auge schauen. Dann stellen sie sich freilich wesentlich anders, als gemeinhin angenommen wird.

Nicht davon soll hier die Rede sein, ob etwa der Fremdenverkehr zu vorübergehendem Aufenthalt, also zu Geschäftsreisen, Vergnügungs-, Bade-, Erholungs-, Studienreisen und dergleichen, der es mit einem fluktuierenden Fremdenstrom zu tun hat, schädlich und deshalb mindestens zu drosseln wäre. Man wird ihn aus wirtschaftlichen, finanzpolitischen, völkerpsychologischen und manchen anderen Gründen zu begrüßen und zu fördern haben. Er bietet nicht die dauernden und großen Gefahren, die jener Fremdenstrom mit sich bringt, der zu dauerndem Verbleib im Inlande einmündet. Wenn auch genaue Angaben über die Zahl der Ausländer, die sich seit Kriegsende bei uns niedergelassen haben — allen Untersuchungen und Erhebungen zum Trotz —, nicht gemacht werden können, so sind wir uns doch ziemlich klar darüber, aus welchen Zuflüssen dieser Strom gespeist wird. Da sind zunächst die Hunderttausende, die unsere Grenzen überfluteten, als der Koloß im Osten ins Wanken kam und wir diesem Zustrom einen wirksamen Damm nicht entgegensetzen konnten, weil es uns an den erforderlichen Hilfsmitteln fehlte; da sind die Menschen, die vor dem Bolschewismus flüchteten, froh, das nackte Leben gerettet zu haben; da sind die Tausende, die durch die „Verträge“ von Versailles, Trianon und Sèvres heimat- und staatlos geworden sind; die ungezählten Flüchtlinge aus den abgetretenen und abgetrennten Gebieten, aus den Rand- und Nachfolgestaaten, zum Teil deutschen Stammes; — da sind aber auch die Hyänen des wirtschaftlichen Schlachtfeldes, die Parasiten am deutschen Volkskörper, die sich in ihn eingenistet haben, ihn aussaugen und ausplündern und um ihn in ihrer Schamlosigkeit ein gleißendes Netz spannen, das dem flüchtigen Beobachter den Anschein unserer eigenen Wohlhabenheit vortäuscht, — gefährlicher als die vielen Stümper der Verbrecherzunft, die glauben, ihr Handwerk bei uns ungestört treiben zu können, gefährlicher deshalb, weil sie schwerer faßbar sind und unsere geringe wirtschaftliche und verminderte moralische Widerstandsfähigkeit ausnutzen. Zu alledem kommen die politischen Agitatoren aus Ost und West, die darauf abzielen, unser gepeinigtes Volk nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

Erwägt man diese ungefähre Struktur des Ausländerkomplexes, so erkennt man alsbald die ungeheure Schwierigkeit einer auch nur einigermaßen gleichartigen Behandlung der Ausländermassen. Auf der andern Seite stehen die rein deutschen Belange: hier bildet jeder sich zu längerem Aufenthalt niederlassende Ausländer eine Einengung unseres Wohnungs-, Arbeits- und Ernährungsmarktes. Denken wir an die unglücklichen Opfer der französisch-belgischen Austreibungswut, an die Millionen Deutsche, die in der eigenen Heimat kein Heim finden, an die wachsende Zahl der Arbeitslosen, die dem Elend preisgegeben sind oder dem Staate zur Last fallen, und vergessen wir nicht, daß jeder Ausländer bei uns Nahrung beansprucht, so tritt die Gefahr klar zutage, die jeder fremde Zuwachs für uns bedeutet. Was läge daher näher, als daß wir uns gegen ihn zur Wehr setzten oder ihn möglichst ausschieden?

Das Unmögliche einer solchen Politik liegt klar zutage! Deshalb gilt es, einen Mittelweg zu finden, der unter voller Wahrung der deutschen Interessen die außenpolitischen Belange, die sich mit denen der Ausländer meist decken werden, zu vereinigen sucht.

Einen solchen Mittelweg schlägt der Ausweisungserlaß des preußischen Ministers des Innern vom 24. August d. J. ein. Er bietet keine allgemeinen Richtlinien für die Gewährung des Aufenthalts an Ausländer, zumal die Mannigfaltigkeit der Fälle einer allgemein gültigen Regelung spottet; er behandelt nur die Fälle, in denen der Staat — das Ausweisungsrecht ist reichsrechtlich nicht geregelt — von diesem Recht Gebrauch machen kann und will. Denn wenigstens der Satz des Völkerrechts gilt noch unangetastet, daß der Staat Fremden gegenüber von seinem Hausrecht Gebrauch machen kann, wie er es für zweckmäßig erachtet, es sei denn, er habe sich anderen Staaten gegenüber nach der einen oder anderen Richtung dieses Rechts begeben. Das Ausweisungsrecht ist ein Ausfluß der Staatshoheit, eine Abwehrmaßnahme gegen solche fremden Staatsangehörigen, die eine Gefahr für die innere oder äußere Ruhe, Sicherheit und Ordnung des Staats bilden. In Fortbildung zwischenstaatlicher Rechtsgedanken nimmt der Erlaß Rücksicht auf die Stabilisierung der Dinge, wie sie nun einmal geworden sind: so soll ein Ausländer, der seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt mindestens vier Jahre in Preußen gehabt, sich hier eine gesicherte wirtschaftliche Existenz geschaffen und weder gegen die öffent-